

Nr. 669



FREIE WÄHLER-Stadträte

An die
Stadtverwaltung Landshut



Landshut, 20. März 2018

Dringlichkeitsantrag zum Plenum

Diese(r) Angelegenheit ist dringlich, da der Kämmerer der Stadt Landshut angekündigt hat, dass die Stadt Landshut weiterhin Bescheide im Hinblick auf die Straßenausbaubeiträge erlassen wird.

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Stadt Landshut folgt der Bitte des bayerischen Innenministeriums und erlässt vorerst keine Gebührenbescheide zu Straßenausbaubeiträge mehr, bis die aktuelle gesetzliche Lage neu geklärt ist.

Begründung:

Angesichts der Ankündigung der Staatsregierung, die Straßenausbaubeiträge demnächst abzuschaffen, hat der Bayerische Landtag am 25.1.2018 einem Dringlichkeitsantrag der Freien Wähler zugestimmt, die Kommunen um einen einheitlichen Gesetzesvollzug und einen vorläufigen Stopp bei der Aussendung von Gebührenbescheiden im Rahmen der Straßenausbaubeiträge zu bitten. Mit Schreiben vom 6. Februar 2018 hat sich der bayerische Innenminister über die Regierung an alle bayerischen Kommunen gewandt und Ihnen zur Kenntnis gegeben, dass " Bescheide aufgrund von Straßenausbaubeitragssatzungen bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens nicht mehr erlassen werden sollen". Auch die Stadt Landshut sollte sich an diese Empfehlung des Innenministeriums halten, zumal mit einer vorübergehenden Aussetzung der Gebührenbescheide keinerlei Verjährung eintritt, die Stadt somit in Zukunft nicht schlechter gestellt wird.

gez. Jutta Widmann, MdL

gez. Robert Mader, Fraktionsvorsitzender

gez. Erwin Schneck, Bgm.

gez. Ludwig Graf, Stadtrat

gez. Klaus Pauli, Stadtrat

f.d.R. Helga Ulbrich, Sekretärin